



>>> ASIEN ALS STRATEGISCHE HERAUSFORDERUNG UND CHANCE FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Beschluss vom 23. Oktober 2007

Der Aufstieg Asiens, d.h. des geographischen Raumes zwischen Afghanistan und Pakistan im Westen, China und der Mongolei im Norden, Japan und den Philippinen im Osten sowie Indonesien und Papua im Süden, führt zu tektonischen Veränderungen in der Welt. Diese Herausforderungen sind nicht mehr nur wirtschaftlicher Natur, sondern erstrecken sich auch immer stärker auf die internationale Politik und selbst auf den Bereich der Kultur. Asien ist zu einer strategischen Herausforderung und Chance für uns geworden. Daher brauchen wir auch einen strategischen Blick auf Asien und eine vielschichtige Asienpolitik in Abstimmung mit unseren Partnern. Zu diesem Zweck müssen die Teilpolitiken mit Bezug auf Asien oder einzelne asiatische Staaten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sehr viel stärker als bisher miteinander vernetzt werden. In gleicher Weise sind Reformen in verschiedenen anderen Politikfeldern (z.B. in der Wirtschafts-, Finanz-, Wissenschafts- und Bildungspolitik) mit der klaren Zielsetzung notwendig, unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften Asiens zu verbessern, damit Asiens Aufstieg nicht unseren Abstieg bedeutet. Unser Ziel muss heißen: **Gemeinsam mit Asien in die Zukunft.**

Asiatische Vielfalt und deutsche Interessen

Asien ist die derzeit mit Abstand dynamischste Region der Welt. Im flächenmäßig größten Kontinent lebt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung. Mit China und Indien liegen die bevölkerungsreichsten Länder der Erde in Asien, ebenso mit Indonesien das größte islamische Land und mit Indien die größte Demokratie. Der demographische Abstand zu den anderen Völkern der Welt wächst weiter. Im Jahr 2050 dürfte Indien mit schätzungsweise 1,6 Mrd. Menschen China mit dann 1,4 Mrd. überholt haben. In der gleichen Zeitspanne dürfte die Bevölkerung Europas von heute 730 Mio. auf dann ca. 650 Mio. schrumpfen. Der Anteil der EU-Mitgliedsstaaten an der Weltbevölkerung sinkt bis 2050 voraussichtlich auf 5 Prozent. Hinzu kommt, dass Europa gegenüber Asien (wie auch gegenüber den USA) sehr viel schneller altern wird und dadurch relative Produktivitätsverluste erleiden dürfte. Das Bevölkerungswachstum von rund 1,2 Prozent und die beachtliche Wirtschaftsleistung führen zu einem starken Druck auf die natürlichen Ressourcen und zu wachsenden Umweltproblemen mit globalen Auswirkungen.

Während in Ostasien die Staaten aufgrund des kulturellen Einflusses Chinas trotz unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung gemeinsame religiöse und kulturelle Traditionen haben, ist Südasien weit aus heterogener. Asien zeichnet sich durch erhebliche Unterschiede aus, sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder selbst. So reicht der Entwicklungsgrad von hoch entwickelten Industrieländern wie Japan, Südkorea und Singapur über Schwellenländer wie Malaysia und Thailand bis hin zu den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries; LDCs) wie Birma/Myanmar, Laos oder Kambodscha. Während sich einige Länder wie China und inzwischen auch Indien durch eine hohe wirtschaftliche Dynamik auszeichnen, sind andere wie Birma/Myanmar und Nordkorea von Stagnation oder gar Rückschritt geprägt. Neben den positiven Entwicklungen in Asien darf auch die Kehrseite nicht übersehen werden. Die großen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Unterschiede, historische Erblasten, die wachsenden Einkommensunterschiede und

sozialen Spannungen in und zwischen den Ländern, die Defizite im Bereich guter Regierungsführung und der Menschenrechte gefährden die Stabilität einiger Länder mit möglichen Auswirkungen nicht nur innerhalb Asiens, sondern weltweit.

Ähnlich heterogen wie der asiatische Kontinent sind die deutschen und europäischen Interessen in der Region. Dabei können drei übergeordnete Interessensfelder der deutschen Asienpolitik identifiziert werden: wirtschaftliche Interessen (u.a. Handel, Investitionen, Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und Wissenschaftskooperation), politische und geostrategische Interessen (u.a. Friedenssicherung, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Werteorientierter Dialog z.B. Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit) sowie globale Interessen (u.a. Ressourcen- und Klimaschutz, „global governance“). Grundsätzlich muss sich die deutsche und europäische Asienpolitik an unserem langfristigen Interesse orientieren, in Asien – in den Bevölkerungen wie bei den Regierungen – verlässliche Partner zu gewinnen. Solche Partnerschaften können auf Dauer nur auf der Basis gemeinsamer Werte und Überzeugungen gedeihen. Dazu gehören die Achtung der Menschenrechte, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Gleichberechtigung und Partizipation der Menschen in Staat und Gesellschaft als Grundlage für die Legitimation moderner Staatsordnungen und als Voraussetzung für inneren wie äußeren Frieden. Nur wenn Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte sich weltweit weiter ausbreiten und verfestigen, können wir erwarten, dass in einer möglichen zukünftigen Weltordnung, in der der asiatische und nicht-westliche über den euro-atlantischen und westlichen Einfluss dominiert, unsere Vorstellungen von einer humanen Zukunft geteilt und verwirklicht werden und auch die berechtigten Interessen der Menschen in Deutschland und Europa angemessene Berücksichtigung finden.

Eine solche langfristige Ausrichtung unserer Asienpolitik entspricht unseren Grundprinzipien eines christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnisses. Diese sind Grundlage und Maßstab der Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

1. Der politische Aufstieg Asiens

1.1. Das wachsende Gewicht asiatischer Akteure in der Weltpolitik

Der Aufstieg Asiens, vor allem Chinas und Indiens, hat nicht nur ökonomische (und ökologische) Folgen für uns, sondern inzwischen auch große politische, geopolitische und sicherheitsrelevante Auswirkungen weltweit. Europa und die USA müssen damit beginnen, ihre Stellung in einer immer weniger euro-atlantisch geprägten Welt neu zu definieren.

Die derzeitige geopolitische Lage in Asien ist vor allem durch den rasanten Aufstieg Chinas geprägt und als dessen Folge durch das verstärkte Engagement und größere Gewicht Chinas in Asien und anderen Weltregionen. Chinas Einfluss wächst nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch-diplomatisch, kulturell und militär-strategisch. Durch sein wachsendes wirtschaftliches Gewicht, zunehmende „soft power“ (u.a. auch kulturelle Anziehungskraft), seine Stellung als ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat, sein aktiveres Engagement in regionalen und multilateralen Strukturen ist ein chinesischer Beitrag zur Lösung vieler regionaler und globaler Fragen inzwischen essentiell.

Trotz dieses Aufstiegs Chinas sind die USA nach wie vor der sicherheitspolitische Stabilitätsanker Asiens. Das Verhältnis zwischen den USA und China und damit zwischen der bisherigen Führungsmacht und dem aufstrebenden Land, das sich selbst als zentrale Macht Asiens sieht, ist die wichtigste bilaterale Beziehung Asiens mit weitreichenden globalen Auswirkungen.

Hohe Bedeutung kommt auch den chinesisch-japanischen Beziehungen für Ostasien zu. Diese bleiben trotz enger wirtschaftlicher Verflechtung historisch belastet und politisch schwierig. Japan und China sehen sich als Rivalen in Ostasien und zunehmend auch auf globaler Ebene.

Japans internationale Rolle gründet auf seiner Wirtschaftskraft als zweitgrößter Volkswirtschaft nach den USA, seinem Status als G8-Mitglied und als zweitgrößter VN-Beitragszahler, seiner wachsenden Bereitschaft zu internationalem sicherheitspolitischen Engagement und einer aktiver werdenden Außenpolitik.

Indien hat sich in den vergangenen Jahren zu einer bedeutenden politischen Führungsmacht in Asien entwickelt. So hat Indien nicht nur seine Vormachtstellung in Südasien ausgebaut, sondern auch die Beziehungen zu den ASEAN + 3 (ASEAN plus China, Japan und Südkorea) und den USA verstärkt. Der traditionelle Multilateralismus Indiens wird zunehmend durch das Streben nach einer internationalen Führungsrolle ersetzt. Diese Ambition kommt auch im kürzlich abgeschlossenen indisch-amerikanischen Nuklearabkommen zum Ausdruck, das symbolhaft ist für die enger werdende sicherheitspolitische Kooperation zwischen Delhi und Washington.

Pakistan spielt eine wichtige Rolle für die Stabilität Süd- und auch Zentralasiens. Weder eine Lösung des Kaschmir-Konflikts mit Indien, wo nach vielen Rückschlägen endlich ein erfolversprechender Friedensprozess in Gang gekommen ist, noch eine dauerhafte Befriedung Afghanistans ist ohne eine aktive Rolle Pakistans möglich.

Relativ jungen Datums sind die Ansätze einer regionalen Sicherheitsarchitektur in Teilen Asiens. ASEAN mit seinem Regionalforum – mit der EU als Vollmitglied – ist die wichtigste regionale Sicherheitsorganisation und der Kern dieser entstehenden regionalen Gemeinschaft. Dazu gehören auch die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) und die Südasiatische Gemeinschaft für Regionale Zusammenarbeit (SARC). Die auf Initiative Chinas zur Lösung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise einberufenen Sechs-Parteien-Gespräche könnten nach erfolgreicher Beilegung des Konflikts in Anlehnung an den KSZE-Prozess in Europa die Keimzelle für einen vergleichbaren Prozess in Nordostasien bilden.

Diese wachsende multilaterale Kooperation in Asien spiegelt vor allem auch die wachsende ökonomische Verflechtung der Region wider. Die Wirtschaft ist ohne Zweifel die Triebkraft regionaler Integration in Asien. Symbolhaft für die wachsende multilaterale Kooperation ist der East Asia Summit (EAS), der im Dezember 2005 erstmals in Kuala Lumpur stattfand.

Erfreulich ist, dass die Demokratisierungswelle, die nach dem Ende des Kalten Krieges Osteuropa erfasste, auch Asien erreicht hat. Zu den gefestigten Demokratien wie Japan, Indien, Südkorea und Taiwan sind Länder wie die Mongolei, Indonesien und die Philippinen getreten, in denen die Demokratisierung in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte gemacht hat. Allerdings sind gerade einige der wirt-

schaftlich erfolgreichsten Gesellschaften Asiens demokratisch unterentwickelt. In einigen wird bewusst mit eigenen Systemmodellen experimentiert. Auch hat das Konzept allgemeiner und unteilbarer Menschenrechte noch nicht überall Fuß gefasst. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht auch hier China, mit dem die EU seit 1996 einen „Menschenrechtsdialog“ und Deutschland seit 1999 neben einem Menschenrechts- auch einen separaten Rechtsstaatsdialog führt.

1.2. Der politische Aufstieg Asiens als Herausforderung für Deutschland und Europa

Für Europa bestehen die Herausforderungen zum einen in dem durch den politischen Aufstieg Asiens schwindenden Einfluss auf die globale Agenda und zum anderen in den Faktoren, die die politische Stabilität und Entwicklung Asiens gefährden können oder unsere Sicherheit direkt bedrohen: militärische Aufrüstung, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen, in und aus Asien agierende Terroristen und die Fragilität einiger Staaten.

Sicherheitspolitische Herausforderungen

Trotz zunehmender Integrationstendenzen zeichnet sich Asien nach wie vor durch eine Reihe von potentiellen regionalen Konflikten mit zum Teil überregionaler Ausstrahlung aus. Dazu gehören im Wesentlichen drei große Konfliktherde: der Status Taiwans, Nordkorea sowie der indisch-pakistanische Konflikt mit Kaschmir als Kern, bei dem sich zwei inzwischen atomar bewaffnete Länder gegenüberstehen. Im Gegensatz zu Europa sind die multilateralen Institutionen und Strukturen in Asien bisher noch relativ schwach ausgeprägt; diesen stehen aber große und teilweise wachsende bilaterale politische Konflikte gegenüber. Neben dem Mittleren Osten hat sich Asien zu der Region mit den am schnellsten wachsenden Rüstungsausgaben entwickelt, was neue Bedrohungsperzeptionen und Sicherheitsdilemmata hervorgerufen oder bestehende vertieft hat.

Sicherheitspolitisch könnte China die USA und ihre Verbündeten in Asien zukünftig herausfordern. Auf deutsche oder europäische Interessen haben Chinas Anstrengungen zur militärischen Modernisierung bisher keinen direkten negativen Einfluss. China und die EU treten sich daher nicht als sicherheitspolitische Konkurrenten oder geopolitische Rivalen gegenüber. Dennoch kann nichts in unserem Interesse liegen, was die Gefahr eines Konflikts – z.B. mit und wegen Taiwan – erhöhen würde, da wir unweigerlich indirekt davon betroffen wären.

Über viele Jahre war China die einzige asiatische Nuklearmacht. Inzwischen sind auch Indien und Pakistan sowie – im vergangenen Jahr – Nordkorea in den Kreis der Nuklearmächte eingetreten. Damit haben zwei traditionelle Konflikte inzwischen eine nukleare Dimension erhalten. Wie die Aufdeckung des pakistanischen A.Q. Khan-Proliferationsnetzwerks gezeigt hat, wird die Stabilität und Sicherheit in keinem anderen Erdteil so stark von der Proliferation von Massenvernichtungswaffen (MVW) und Trägertechnologien bedroht wie in Asien. Besonders besorgniserregend ist aus europäischer Sicht die Verbreitung von MVW und einschlägiger Trägertechnologie asiatischer Herkunft im Nahen Osten und nördlichen Afrika und die Gefahr, dass MVW in die Hände von Terroristen gelangen.

Nicht-traditionelle Sicherheitsrisiken

Es gibt eine Reihe nicht-traditioneller Sicherheitsrisiken, die die Entwicklung in Asien negativ beeinflussen können, mit globalen Auswirkungen. Dazu gehören Stabilitätsrisiken, die sich aus einer wachsenden sozialen Polarisierung innerhalb und zwischen Staaten ergeben sowie aus schlechter Regierungsführung und Missachtung der Menschenrechte – was zuletzt in Birma/Myanmar zu einer gewalt-samen Auseinandersetzung geführt hat.

Mit 640 Millionen leben die meisten Moslems in Asien, wo der Islam überwiegend moderat geprägt ist. Dennoch hat Asien mit den Taliban in Afghanistan das repressivste islamische Regime hervorgebracht, und in Ländern wie Pakistan und auch Bangladesch wächst die Gefahr einer zunehmenden Islamisierung von Staat und Gesellschaft mit wachsendem Einfluss des politischen Islam. Auch in Süd-Thailand, auf den südlichen Philippinen und in Indonesien ist es wiederholt zu Anschlägen von Islamisten gekommen.

Darüber hinaus war Asien in den vergangenen Jahren der Ausgangspunkt mehrerer Pandemien wie SARS und Vogelgrippe, die punktuell auf andere Kontinente übergriffen und weltweit zu Gegen- und Vorsorgemaßnahmen führten. Der stark gestiegene Personen- und Güterverkehr fördert auch die schnelle Verbreitung von Krankheiten.

Regionale Konfliktherde und die Bedrohung durch den Terrorismus

Terroranschläge in Indien, deren Spuren häufig nach Pakistan führen, lassen die Spannungen zwischen Indien und Pakistan immer wieder eskalieren. Allerdings gibt es nach vielen gescheiterten Anläufen seit nunmehr zwei Jahren ernsthafte und erfolgversprechende Bemühungen Islamabads und Delhis, den Kaschmir-Konflikt beizulegen. Pakistan steht zudem unter internationalem Druck, die sich auf pakistanischem Gebiet neu gruppierenden und in Afghanistan operierenden Taliban energischer zu bekämpfen. Die Taliban haben den Sturz der demokratisch legitimierten Regierung von Präsident Karzai zum Ziel, dessen Aufbaum Bemühungen auch mit erheblichen deutschen und europäischen Anstrengungen unterstützt werden. Neben Afghanistan sehen sich auch eine Reihe anderer Staaten – Philippinen, Indonesien, Thailand, Bangladesch, Indien und Pakistan – durch islamistisch motivierte Aufständische oder Terrorgruppen herausgefordert.

Konkurrenz um Energie und Rohstoffe

Die seit der Jahrtausendwende zu beobachtenden Preissteigerungen für Energie, Rohstoffe und Agrargüter sind ganz wesentlich auf die gestiegene Nachfrage aus China und anderen asiatischen Staaten zurückzuführen. Der Anteil Chinas an der Weltnachfrage nach wichtigen Basismetallen stieg von etwa 5 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf 20 bis 25 Prozent in 2006. Insbesondere im Energiebereich tritt Asien – allen voran China und Indien – aufgrund des schnell wachsenden Bedarfs (der Pro-Kopf-Verbrauch liegt nur bei einem Zehntel des europäischen Konsums) immer mehr als Wettbewerber auf, vor allem um die Energievorräte im Nahen Osten, Zentralasien und Russland und in zunehmendem Maße auch Afrikas und Lateinamerikas. Gleiches gilt auch für eine ganze Reihe anderer wichtiger Rohstoffe. Insbesondere das Engagement Chinas in Afrika sticht hervor. Dort ist China in das Vakuum vorgestoßen, das der westliche Rückzug hat entstehen lassen. Auch Deutschland hat dort Botschaften geschlossen und andere

personell reduziert. Die Triebkraft des chinesischen Engagements ist wirtschaftlich motiviert, doch ist die chinesische Afrikapolitik inzwischen sehr viel breiter angelegt: Beteiligung an VN-Missionen (z.B. MONUC im Kongo), Ernennung eines Sonderbotschafters für Afrika, Ausrichtung einer großen Afrikakonferenz (November 2006 in Peking), zu der 43 Staats- und Regierungschefs aus Afrika angereist sind, und zuletzt im vergangenen Mai die Jahrestagung 2007 der Afrikanischen Entwicklungsbank in Schanghai. In vielen Hauptstädten Afrikas wird begrüßt, nunmehr zwischen dem Westen und Asien wählen zu können, wenn es um Partner bei der Rohstofferschließung oder um Kredite geht. Dies hat erhebliche Konsequenzen für die deutsche Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Ordnungspolitische Herausforderung

China und Indien sind zwar erst globale Mächte im Werden, entwickeln jedoch bereits ein immer größeres weltpolitisches Gewicht. Durch ihre wachsende Wirtschaftskraft, zunehmende „soft power“, Chinas Stellung als VN-Vetomacht und Indiens traditionelle Stellung als Führungsmacht der Dritten Welt sowie ihr aktiveres Engagement in multilateralen Strukturen ist ein chinesischer und indischer Beitrag zur Lösung vieler globaler Fragen inzwischen essentiell. Allerdings sind beide Länder bisher nur zögernd bereit, sich ihrer wachsenden globalen Verantwortung zu stellen. Eine positive Ausnahme ist Chinas begrüßenswertes Engagement zur Beilegung der nordkoreanischen Nuklearkrise.

Mit China steigt ein undemokratischer, nicht-liberaler Staat in der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Hierarchie auf, der sich zudem – in Konkurrenz zum Westen – zu einem eigenen ordnungspolitischen Modell für andere Staaten entwickelt. Über viele Jahrzehnte war das westliche Demokratiemodell gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Aufstieg. Gegenläufige Trends zeigten sich vorübergehend bei Entwicklungsdiktaturen (z.B. Südkorea, Taiwan), die letztlich aber auch den Übergang zur Demokratie vollzogen. China hat in den vergangenen 25 Jahren ein Entwicklungs- und Modernisierungsmodell geschaffen, das bisher außerordentlich erfolgreich ist und pragmatische Anpassungen zulässt. Moderne autoritäre politische Führung wird kombiniert mit staatlich beaufsichtigtem (Früh-) Kapitalismus. Hierbei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass China aufgrund seiner Größe, Geschichte und nicht zuletzt aufgrund seiner sehr spät begonnenen Reform- und Öffnungspolitik eine Ausnahme darstellt. Zudem hat sich die sich beschleunigende Globalisierung seit den 1990er Jahren als große Entwicklungsstütze für die VR China erwiesen. Der Beweis steht deshalb noch aus, ob das chinesische Modell auch langfristig eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen kann, woran Zweifel angebracht sind, denn nach unserer Überzeugung ist eine nachhaltige Stabilität tatsächlich nur in einem auf Partizipation ausgerichteten System, das Menschenrechte schützt, möglich. Dennoch besitzt dieses Modell in einigen Entwicklungsländern ganz offensichtlich eine zum Teil erhebliche Attraktion und mindert damit zugleich die Anziehungskraft westlich-liberaler Ordnungsprinzipien. China unterhält aus wirtschaftlichem Interesse heraus wohl die intensivsten Beziehungen einer Großmacht zu einer Vielzahl ansonsten weltweit geächteter Regime (u.a. Simbabwe, Sudan, Birma/Myanmar, Nordkorea und zuvor Irak) und ist eine enge Kooperation mit Hugo Chávez in Venezuela und anderen links-populistischen Regimes in Lateinamerika eingegangen. Dieses bleibt nicht ohne Auswirkungen auf unsere Anstrengungen, z.B. im Rahmen der internationalen Entwicklungskooperation Demokratie

und Konfliktprävention zu fördern. Die hohen Devisenreserven erlauben es der chinesischen Regierung, afrikanischen und anderen Entwicklungsländern günstige Kredite anzubieten – ohne die im Rahmen der westlichen Entwicklungskooperation etablierten Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsauflagen. China stellt dem Westen damit in zunehmendem Maße die Systemfrage und sieht sich als alternatives politisches Ordnungsmodell, das die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands und der EU außerhalb Europas herausfordert.

2. Der ökonomische Aufstieg Asiens

2.1. Das wachsende Gewicht asiatischer Akteure in der Weltwirtschaft

Der Aufstieg Asiens bedeutet auch für die Weltwirtschaft eine tektonische, d.h. tief greifende Veränderung – obgleich diese de facto nur die Rückkehr zu den vorkolonialen Kräfteverhältnissen bedeutet: Asien hatte bis ins 19. Jahrhundert hinein einen größeren Anteil an der Weltindustrieproduktion als Europa und die USA zusammen. Die dahinter stehende Dynamik ergibt sich aus dem hohen und lang andauernden Wachstumstempo sowie der Bevölkerungsstärke Asiens. Zehn der zwölf in den vergangenen 25 Jahren am schnellsten gewachsenen Volkswirtschaften befinden sich in Asien.

Besondere Beachtung verdienen dabei China und Indien. Anders als beim wirtschaftlichen Aufstieg der ostasiatischen „Tigerstaaten“ drängen nun die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt in die globale Wirtschaft. Sie verändern weltweit die ökonomischen und damit auch die politischen Kräfteverhältnisse und Grundmuster nachhaltig.

Die Dynamik dieses Umbruchs ist gewaltig: In weniger als zwei Dekaden ist China von der Peripherie ins Zentrum der Weltwirtschaft vorgestoßen. Der Anteil Chinas an den US-Importen stieg zwischen 1985 und 2006 von nahezu Null auf über 15 Prozent. Im Bereich der industriellen Fertigung dominiert China die Produktionsnetzwerke, die sich insbesondere über die ost- und südostasiatische Region ausweiten.

China hat inzwischen Währungsreserven in Höhe von über 1,3 Billionen US-Dollar, Asien insgesamt 2,5 Billionen Dollar angehäuft.

Chinas Boom geht weiter: Im Juli 2007 wurde die Wachstumsprognose für dieses Jahr auf 11,1 Prozent angehoben. Damit dürfte das Land noch in diesem Jahr Deutschland überholen und zur drittgrößten Wirtschaftsnation aufsteigen. Das rasante Wirtschaftswachstum hat den durchschnittlichen Lebensstandard der 1,3 Milliarden Chinesen, gemessen am BIP pro Kopf, in den vergangenen sechs Jahren auf rund 2000 Dollar pro Kopf mehr als verdoppelt. Das sind aber gerade einmal sechs Prozent des deutschen Werts. Spätestens 2008 dürfte China Deutschland auch als Exportweltmeister ablösen. China ist es gleichzeitig gelungen, seit Beginn der Wirtschaftsreformen 400 Millionen Menschen aus der absoluten Armut mit einem Einkommen von unter einem Dollar pro Tag herauszuführen.

Indien befindet sich auf einem vergleichbaren Entwicklungspfad wie China – mit einer Zeitverzögerung von etwa 10 bis 15 Jahren. Sollte sich die Beschleunigung des indischen Wachstums, das erst nach dem nur knapp vermiedenen Finanzkollaps und den davon ausgelösten Reformen Anfang der 90er Jahre begann, in den kommenden ein bis

zwei Dekaden fortsetzen, könnte Indien im Jahr 2020 eine ähnliche Rolle spielen wie China heute.

Seit 1980 ist die chinesische Volkswirtschaft um 878 Prozent gewachsen, die indische um 319 – die der USA im Vergleich dazu um 121 Prozent und die deutsche um bescheidene 58 Prozent.

Mittlerweile gilt es als denkbar, dass China bereits 2035 – also erheblich früher als bisher gedacht – die USA als größte Volkswirtschaft ablösen könnte, und Indien könnte bis dahin Japan auf den vierten Platz der größten Volkswirtschaften verweisen.

Trotz des Wachstumstempos der vergangenen Jahre haben Chinesen und Inder derzeit zusammen erst einen Anteil von nur sechs Prozent am Weltbruttosozialprodukt gegenüber jeweils einem Drittel Europas und der USA. Doch bereits in 20 Jahren werden China und Indien ihren Anteil verdreifacht und damit zu Europa und den USA aufgeschlossen haben. Ginge das chinesische und indische Wachstum im bisherigen Maße weiter, dürften die beiden Schwergewichte Asiens in 2050 allein die Hälfte des globalen Sozialprodukts erwirtschaften.

Als Folge der rapiden Wirtschaftsentwicklung gehören China und Indien mit den USA und der EU inzwischen zur Gruppe der großen CO₂-Emittenten, deren zukünftige Energiepolitik einen prägenden Einfluss auf den globalen Klimawandel haben wird. Trotz aller Dynamik darf auch nicht übersehen werden, dass sowohl China als auch Indien mit großen internen Problemen zu kämpfen haben, die das weitere Wachstum negativ beeinflussen können.

Aber Asien besteht nicht nur aus China und Indien. Mit dem Zweieinhalbfachen des chinesischen Bruttoinlandsprodukts, einem um das 25-fache höheren BIP pro Kopf und dank der überlegenen technologischen Leistungsfähigkeit ist Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt China als viertgrößter noch weit voraus. Südkorea erwirtschaftet ein deutlich höheres BIP als das um ein vielfaches größere Indien.

Auch Südostasien hat sich gut von der Finanz- und Wirtschaftskrise, die 1997 begann, erholt.

Die Regierungen der erfolgreichen Volkswirtschaften Asiens zeichnen sich durch eine hohe Modernisierungsbereitschaft und ihre Bevölkerung durch eine hohe Akzeptanz auch schmerzhafter Neuerungen aus. Chinesen, Inder und andere Asiaten schauen weitaus optimistischer in die Zukunft als Deutsche und andere Europäer.

2.2. Der wirtschaftliche Aufstieg Asiens als Herausforderung für Europa und Deutschland

Die ökonomischen Herausforderungen des Aufstiegs Asiens bestehen für Deutschland und Europa vor allem in dem davon ausgehenden Wettbewerbs- und Anpassungsdruck für unsere Volkswirtschaft und Gesellschaft, im unzureichenden Schutz geistigen Eigentums und dem insbesondere in China ausgeprägten Druck auf ausländische Unternehmen zum Technologietransfer.

Sozioökonomischer Anpassungsdruck und Verschärfung des Wettbewerbs

Der Aufstieg Asiens löst einen sozioökonomischen Anpassungsdruck in anderen Weltregionen aus. Allein in der chinesischen Industrie sind etwa 90 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt und damit etwa so viele wie in den 14 größten OECD-Ländern zusammen. Weitere 100-120 Millionen chinesische Arbeitskräfte verfügen über vergleichbare Qualifikationen und könnten somit in den kommenden Jahren zusätzlich in den Industriesektor hineinwachsen. Angesichts dieser Situation ist es unwahrscheinlich, dass die Lohnkosten in China rasch ansteigen werden. Die chinesischen Exporte setzen in einer steigenden Anzahl von Branchen die Industrieunternehmen in Europa in den USA und anderen Industrieländern unter enormen Kostendruck. Zwar findet nur in Ausnahmefällen eine direkte Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Asien statt, doch schaffen etliche westliche Großunternehmen mehr neue Arbeitsplätze in Asien als an ihren Heimatstandorten. Dabei steht aber häufiger die Erschließung neuer Wachstumsmärkte im Vordergrund als die Senkung der Arbeitskosten.

Deutsche und europäische Unternehmen konkurrieren bereits heute in verschiedenen Weltregionen mit chinesischen und anderen asiatischen Firmen, z.B. um Infrastrukturprojekte, aber auch um die Lieferung von Investitionsgütern und Maschinen.

Asien ist auch technologisch auf der Überholspur

Dank steigender Qualifikation der Arbeitskräfte in den großen asiatischen Schwellenländern und rascher technologischer Lernprozesse wird der Kostendruck inzwischen auch in technologieintensiven Branchen spürbar. In China und in Indien gibt es jeweils 3 bis 4 Mio. Hochschulabgänger pro Jahr mit steigender Tendenz, in China darunter 600.000 Ingenieure pro Jahr. (allerdings sind unter diesen - laut einer Studie von DB-Research - nur etwa 160.000, die sich heute für die Arbeit bei einem multinationalen Konzern qualifizieren würden). Inzwischen verlagern Großunternehmen auch Teile ihrer Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach Asien, um sich den Zugang zu den kostengünstigen Talentpools Asiens zu sichern. Dadurch entstehen globale Innovationsnetzwerke. Die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wird von vielen asiatischen Regierungen energisch gefördert. Japan ist nach wie vor der Technologieführer Asiens, aber auch Südkorea, Singapur und Taiwan gehören zur globalen Spitzengruppe der „core-innovators“. Japan und Südkorea liegen beim Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) am BIP schon seit Jahren deutlich über dem EU-Durchschnitt. China und Indien sind bisher nur in wenigen Bereichen in diesen Kreis vorgestoßen - Indien vor allem in der Biotechnologie und im IT-Sektor. Viele Anzeichen deuten jedoch darauf hin, dass sich die Innovationsfähigkeit Chinas und Indiens deutlich beschleunigt, vor allem dank steigender staatlicher Anstrengungen. Nach der jüngsten Schätzung der OECD hat China im Jahr 2006 mit über 136 Mrd. Dollar mehr Geld für F&E ausgegeben als jedes andere Land, abgesehen von den USA. Auch bezüglich der Zahl von Wissenschaftlern und Ingenieuren, die in diesem Bereich tätig sind, liegt China mit mehr als 1 Millionen Personen hinter den USA auf dem zweiten Platz. Diese Zahlen sind zwar beeindruckend, aber gemessen an der Größe des Landes ist der Aufwand für Forschung und Entwicklung immer noch gering.

Unzureichender Schutz geistigen Eigentums

Der unzureichende Schutz geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights / IPR) ist eine der großen aktuellen Herausforderungen westlicher Unternehmen in Asien, insbesondere im China-Geschäft. China ist der größte Produktimitator der Welt: Schätzungen zufolge stammen ca. 60 Prozent aller nachgeahmten Produkte aus China. Westliche Unternehmen in China verlieren jedes Jahr Milliardenbeträge durch Produktpiraterie. Durch die erheblichen Investitionen deutscher und europäischer Unternehmen in China, die überwiegend in Joint Ventures eingebracht werden, findet ein präzedenzloser und besorgniserregender Technologie- und Wissenstransfer zugunsten Chinas statt. China hat inzwischen ein gesetzliches Regelwerk zum Schutz geistigen Eigentums geschaffen, das WTO-Standards entspricht, allerdings mangelt es an der Durchsetzung. Copyright-Piraterie von Computer-Software, Filmen und Musikträgern erfolgt weiterhin in großem Maßstab, ebenso wie die Fälschung von Handelsmarken, Patentverletzungen und die nicht autorisierte Weitergabe und Verwendung von Betriebsgeheimnissen.

Da aber inzwischen die Mehrzahl der IPR-Fälle vor chinesischen Gerichten zwischen chinesischen Firmen ausgetragen wird, steigt auch in China das Interesse an einem effektiven Schutz geistigen Eigentums.

Ein größeres Problem ergibt sich allerdings in der immer ausgeprägteren chinesischen Industriepolitik mit der gezielten Förderung „nationaler Industrien“ (z.B. Automobil) und mit dem anhaltenden „Zwang zum Technologietransfer“. Dieser hat im Wesentlichen drei Komponenten: erzwungener Technologietransfer im Gegenzug für die Beteiligung ausländischer Firmen an öffentlichen Aufträgen; erzwungener Technologietransfer durch die Verpflichtung, zugewiesene chinesische Joint-Venture-Partner zu akzeptieren und diesen den Zugang zur Technologie zu eröffnen; die Bedingung, genaue „engineering“-Pläne für Investitionsgenehmigungen bzw. Firmengründungen einer staatlichen Behörde (i.d.R. einem sogenannten „Design Institut“) vorzulegen. Letzteres ist besonders prekär: Die „Design Institute“ erhalten somit die Kenntnisse über Produktionsprozesse beispielsweise aller ausländischer Chemie-Investoren und geben sie – davon muss man ausgehen – an chinesische Chemie-Firmen weiter.

Asien – die neue Finanz-Macht

Ein neues Phänomen ist die zunehmende Investitionstätigkeit von Unternehmen aus den Schwellenländern, vor allen Dingen Asiens in Europa und den USA. Bekanntestes Beispiel ist die Übernahme des europäischen Arcelor-Konzerns durch den in London ansässigen indischen Stahlunternehmer Lakshmi Mittal, der daraus den weltweit führenden Stahlkonzern geformt hat. In den USA wurde aufgrund nationaler Sicherheitsinteressen der Versuch des chinesischen Ölmultis CNOOC unterbunden, den US-Ölkonzern UNOCAL zu übernehmen. Die hohen Devisenreserven asiatischer Länder, insbesondere Chinas, erhöhen zudem den Einfluss asiatischer Zentralbanken auf den internationalen Kapitalmärkten. Ein neues Phänomen ist das Entstehen staatlicher oder quasi-staatlicher Investitionsfonds in Asien, die derzeit nach besseren Finanzanlagemöglichkeiten im Ausland suchen, aber – so die Befürchtung – auch zu staatlichen Vehikeln zur Akquisition von strategischen Unternehmen werden könnten.

3. Konsequenzen für Deutschland und Europa

3.1. Die Herausforderung durch Asien anerkennen und Chancen ergreifen

Der Aufstieg Asiens ist die epochale Entwicklung unserer Zeit. Deutschland muss daher dringend eine Asienstrategie entwickeln, um die dargelegten Herausforderungen des Aufstiegs Asiens zu meistern und die darin liegenden Chancen zu nutzen. Eine solche Strategie kann nur in einem europäischen Rahmen und in enger Abstimmung mit den USA und unseren Partnern in Asien erfolgreich sein.

Die transatlantischen Beziehungen und die europäische Integration sind die zwei traditionellen Pfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Auf dieser Grundlage müssen die deutschen Außenbeziehungen um die euro-asiatische Dimension ergänzt werden, um unsere Interessen heute und in Zukunft wirksam zu vertreten. Deutschlands Ansehen in Asien ist hoch und nicht durch eine koloniale Vergangenheit belastet. Wir brauchen dringend eine vielschichtige Asienstrategie, die sich in ihrer Breite und Tiefe an den transatlantischen und den Beziehungen zu unseren EU-Partnern orientiert. So wie es sich heute kaum mehr ein Unternehmen erlauben kann, die Entwicklungen in Asien nicht in all ihren Facetten zu beobachten, müssen wir in unserer Außen-, Außenwirtschafts-, Entwicklungs- und Sicherheits-, aber auch in unserer Bildungspolitik Asien und insbesondere die asiatischen Aufsteiger mit einbeziehen. Asien ist Partner und Wettbewerber auf Augenhöhe. Dem wachsenden Konkurrenzdruck aus Asien kann und darf auch nicht mit protektionistischen Maßnahmen begegnet werden, denn damit würden wir uns von der Dynamik des Kontinents abkoppeln und selbst unseren ökonomischen und politischen Abstieg einleiten. Vielmehr gilt es der strategischen Herausforderung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit mit einer neuen Wettbewerbsdynamik zu begegnen und dazu an die Dynamik Asiens anzukoppeln, so wie es der US-Wirtschaft in den vergangenen Jahren erfolgreich gelungen ist. Die in den vergangenen zehn Jahren größere Wirtschaftsdynamik in den USA gegenüber Europa ist zumindest teilweise auch mit der stärkeren Verflechtung der amerikanischen Volkswirtschaft mit Japan und den ostasiatischen Wachstumsländern zu erklären.

Es spricht vieles dafür, dass sich das Kraftfeld globalem Wachstums dauerhaft vom euro-amerikanischen Raum nach Asien und in den asiatisch-pazifischen Raum verlagert hat.

3.2. Europa stärken

Der Aufstieg Asiens verlangt eine grundsätzliche Neuorientierung Europas. Die Neuausrichtung der USA vom transatlantischen zum asiatisch-pazifischen Raum ist bereits seit längerem im Gange. Während Asien in seiner wirtschaftlichen Bedeutung für Europa schnell wächst, sinken die Möglichkeiten Europas, dort Einfluss zu nehmen. Europa – wie auch Deutschland – muss eine Strategie entwickeln, um seinen Interessen in Asien mehr Gewicht zu verleihen. Dazu müssen die Europäer ihre gemeinsamen Interessen und Werte eindeutig formulieren, aber auch alle Bereiche europäischer Politik – Bildung und Forschung, Arbeitsmarkt, Technologie- und Raumfahrt, Geld und Energie – müssen auf die globale Wettbewerbsfähigkeit abgestellt werden.

Zudem ist es notwendig, politische und gegebenenfalls auch sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen, da Fehlentwicklungen

in Asien unsere Sicherheit unmittelbar gefährden können. Es ist wichtig, bestehende Dialogforen wie ASEM, traditionelle Beziehungen wie EU-ASEAN und die bestehenden strategischen Partnerschaften der EU zu Japan, China und Indien weiter auszubauen.

Nur mit einer europaweiten Zusammenarbeit von Unternehmen und Regierungen sowie dem Abbau nationaler Barrieren kann Europa gegenüber den neuen Konkurrenten aus Asien bestehen. Hier ist nicht zuletzt die EU als Impulsgeber gefragt. Von großer Bedeutung ist eine intensivere Zusammenarbeit von Universitäten, Forschungsinstituten und Unternehmen. In diesem Zusammenhang sollte die EU auch die Rahmenbedingungen für eine bessere Angleichung von Lehrinhalten an die Bedürfnisse der Unternehmen schaffen.

3.3. Unsere Wirtschaft und Gesellschaft „Asien-fit“ machen

Um uns stärker an den Wirtschaftsboom Asiens ankoppeln zu können, müssen wir wettbewerbsfähiger werden bzw. konkurrenzfähig bleiben. Dazu ist es erforderlich, die Menschen bei uns besser zu qualifizieren und die Innovationskraft unserer Unternehmen weiter zu stärken. Wir müssen den noch vorhandenen Technologie/Know-how-Vorsprung gegenüber den asiatischen Aufsteigern halten. Daher gilt es alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Ziele der Lissabon-Agenda zu erreichen und Europa zur wettbewerbsfähigsten Region zu machen. Hierfür sollten wir die technologische Partnerschaft mit Japan und Nordamerika intensivieren. Der sektorale Strukturwandel war immer eine notwendige Bedingung einer offenen Volkswirtschaft. Wir müssen unsere Institutionen – Universitäten, Arbeitsmärkte und die Unternehmen selbst – fit machen für die asiatische Herausforderung. In vielen Unternehmen wie auch in staatlichen Institutionen mangelt es an ausreichender Asienkompetenz, auch wenn hier in den vergangenen Jahren einige Fortschritte gemacht wurden.

Wir benötigen auch genauere Kenntnisse über Asien. Dazu brauchen wir interkulturell kompetente Fachleute und Think Tanks, die die Entwicklungen in Asien genau verfolgen und verstehen. An Schulen und Hochschulen sind daher in genügendem Umfang entsprechende Ausbildungsangebote zu fördern. Der Trend, asienbezogene Institute an unseren Universitäten zu reduzieren oder zu schließen, muss gestoppt und umgekehrt werden.

Leistungsethik und Elitenförderung muss wieder eine breite gesellschaftliche Akzeptanz finden. In unserem Bemühen um die besten Köpfe müssen die Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Europa wieder zu den weltweit attraktivsten werden; das bedeutet auch vor allem eine kanalisierte Zuwanderung.

3.4. Eine aktive Asienpolitik entwickeln

Wir müssen eine aktive Asienpolitik entwerfen nicht nur in der Außen- und Entwicklungs-, sondern auch in der Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik und in spezifischen Politikfeldern, wie z.B. in der Technologie- oder in der Energie- und Umweltpolitik. Oberste Maxime ist dabei, ein partnerschaftliches Verhältnis zu Asien zu entwickeln.

3.4.1. Die wirtschaftliche Vernetzung fördern

Mit dem enormen Wirtschaftswachstum in Asien sind neue Märkte für unsere Exportprodukte, vor allem für Investitionsgüter, entstanden. In der deutschen und europäischen Wirtschaft haben viele die Chancen in Asien erkannt und die Geschäftsbeziehungen zu den boomenden Schwellenländern in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Dennoch hat Europa hier Nachholbedarf. Mehr als 80 Prozent der Investitionen westlicher Unternehmen in Asien sind getrieben von dem Willen, die riesigen dynamischen Märkte zu erschließen. Einige deutsche Unternehmen gehören in China und Indien zu den größten ausländischen Investoren. Diese Beziehungen müssen weiter ausgebaut werden. Deutsches und europäisches Kapital und Know-how sowie asiatische Dynamik lassen sich zum Vorteil beider Seiten verknüpfen. Während es bei den meisten deutschen Großunternehmen um einen Ausbau der Aktiva in Asien geht, stehen viele kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) noch vor der Entscheidung eines Engagements in der Region. Hier ist die Bundesregierung gefragt, geeignete Instrumente zu schaffen, bzw. vorhandene zu verbessern, um den KMUs effektive Hilfestellungen beim Eintritt in die nicht einfachen asiatischen Märkte zu geben und/oder bei der Suche nach und beim Aufbau von Produktionsstandorten zu leisten.

Beiderseitige Investitionen fördern

Nicht nur deutsche (und europäische) Investitionen in Asien sind erforderlich, um uns an das asiatische Wachstum anzukoppeln, sondern auch asiatische Investitionen bei uns. Japanische und südkoreanische Unternehmen haben schon vor Jahren viele Arbeitsplätze in Deutschland und Europa geschaffen. Indische Unternehmen sind in jüngerer Zeit durch Übernahmen deutscher und europäischer Unternehmen hervorgetreten. In 2005 sind die weltweiten Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen auf 12,3 Milliarden Dollar gestiegen – eine Steigerung von 123 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Noch gibt es nur wenige Investitionen chinesischer Firmen in Europa. Investoren aus Asien, die bei uns Arbeitsplätze schaffen, sind willkommen.

Auch der deutsche Tourismus profitiert vom wachsenden Wohlstand in Asien. China ist inzwischen nach den USA und Japan für die deutsche Tourismusbranche der dritt wichtigste Überseemarkt. In 2004 haben fast 400.000 chinesische Touristen Deutschland besucht, in 2005 wurden 853.000 Übernachtungen chinesischer Gäste in Deutschland verzeichnet, Tendenz steigend.

Fairen Wettbewerb sichern – Ungleichgewichte abbauen

Wir wollen und müssen den Wettbewerb aus Asien akzeptieren. Dazu gehört aber auch die Bekämpfung aller Formen unfairen Wettbewerbs, z.B. durch das illegale Kopieren. Der Schutz geistigen Eigentums muss endlich in ganz Asien gewährleistet werden; dies ist von zentraler Bedeutung für viele unserer Unternehmen. Es ist Aufgabe der Politik, hier auf die Einhaltung der internationalen Standards zu achten. Zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs ist das ganze zur Verfügung stehende Instrumentarium (einschließlich z.B. von Anti-Dumping-Verfahren der WTO) einzusetzen.

Hohe und wachsende Außenhandelsüberschüsse insbesondere Chinas haben nicht nur in den USA zu ersten protektionistischen Reflexen geführt. Das Defizit der EU im Handel mit China hat zwar noch nicht die Größenordnung des US-Außenhandelsdefizits erreicht, doch ist es in

den vergangenen Jahren stärker gestiegen. Dazu hat die 40-prozentige Abwertung der an den US-Dollar gebundenen chinesischen Währung (RMB) gegenüber dem Euro nicht unwesentlich beigetragen. Die chinesische Regierung ist dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen (z.B. durch Aufwertung des RMB) zu ergreifen, um dieses Ungleichgewicht zu beheben.

Technologiepartnerschaften – auf freiwilliger Basis – fördern

Der Ausbau der Technologiepartnerschaft mit China ist in beiderseitigem Interesse, allerdings hat dies auf freiwilliger Basis zu erfolgen. Regelungen zum zwangsweisen Technologietransfer sollten abgebaut werden: China sollte angehalten werden, dem Government Procurement Agreement der WTO beizutreten, den Joint-Venture-Zwang zu lockern und das Genehmigungsverfahren für Investitionen zu ändern.

3.4.2. Die politische und sicherheitspolitische Vernetzung fördern

Im Zeitalter der Globalisierung wachsen Asien und Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in anderen Bereichen enger zusammen. Diesen Prozess müssen wir politisch gestalten. Bisher fehlt es jedoch an einer breiteren und vertieften Kenntnis der vielen politischen Herausforderungen, die sich aus den wirtschaftlichen Machtverschiebungen und technologischen Modernisierungsprozessen auf regionaler und globaler Ebene ergeben.

Selbstbewusster für unsere Werte und Überzeugungen eintreten

Der richtige Umgang mit einem immer selbstbewussteren Asien besteht im Eintreten für unsere Werte und Überzeugungen. Dies erfordert die selbstbewusste Wahrnehmung unserer Interessen, bei gleichzeitiger Anerkennung der Tatsache, dass auch die asiatischen Aufsteiger ihre Interessen ebenso resolut umzusetzen suchen.

Die Erhaltung von Stabilität und Sicherheit in Asien ist auch für uns von großer Bedeutung. Dabei entspricht es unserer Überzeugung, dass nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Stabilität nur unter den Bedingungen von Partizipation und der Wahrung von Menschenrechten erreicht werden kann.

In diesem Zusammenhang kommt auch der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine große Bedeutung zu. Vor allem in den asiatischen Schwellenländern sollten wir die Goethe-Institute und die deutschen Auslandsschulen weiter ausbauen sowie die Kooperation im universitären Bereich erweitern und vertiefen.

Ein stärker interessengeleitetes Engagement schließt dabei einen Ausbau der Kooperation keineswegs aus.

Wir sollten die guten Beziehungen zu unseren traditionellen Freunden in Asien weiter entwickeln, insbesondere mit den gefestigten Demokratien, allen voran Japan, Indien und Südkorea, aber auch mit Australien und Neuseeland, die sich immer stärker in Asien integrieren und sicherheitspolitisch Verantwortung übernehmen. Auf diese Weise können wir gemeinsam mit den USA dazu beitragen, dass der Aufstieg Chinas und anderer Mächte in Asien nicht zu einer

Destabilisierung dieses Kontinents führt, was unweigerlich erhebliche globale Konsequenzen hätte.

Die strategische Stabilität in Asien sichern Regionale Kooperation fördern

Zur Sicherung der strategischen Stabilität in Asien unterstützen wir – wie die große Mehrheit der asiatischen Staaten – die Rolle der USA als Garanten dieser Stabilität. Deutschland und Europa sollten auch ihren Beitrag dazu leisten.

Angesichts der vielen bestehenden Konflikte und potentiell konfliktträchtigen Machtverschiebungen kommt dem Ausbau der regionalen Kooperation eine große Bedeutung zu. Hier kann die EU auf eine jahrzehntelange Tradition der interregionalen Zusammenarbeit mit den Staaten der ASEAN verweisen und auf den erfolgreichen ASEM-Prozess, der bei Gipfel- und Ministertreffen regelmäßig die politische Elite Asiens und der EU zusammenbringt. Deutsches und europäisches Know-how im Bereich Integration und Konfliktlösung ist bei vielen Partnern in Asien sehr willkommen. Deutschland und die EU können insbesondere in Nordostasien die guten europäischen Erfahrungen mit dem KSZE-Prozess vermitteln und die in einigen Staaten der Region angestellten Überlegungen, die Sechs-Parteien-Gespräche zu einem permanenten Forum des regionalen Dialogs zu machen, unterstützen. Die derzeit finalisierte „ASEAN-Charter“ mit ihren drei Pfeilern – sicherheitspolitische Zusammenarbeit, wirtschaftliche Integration und soziokulturelle Kooperation – ist deutlich von den Erfahrungen der europäischen Integration geprägt. Diese „Charter“ soll auf dem im kommenden November in Singapur stattfindenden ASEAN-Gipfel unterzeichnet werden. Deutschland und Europa sollten auch weiterhin die strategische Stabilität in Asien durch regionale und interregionale Kooperation fördern.

Sicherheitspolitisch Flagge zeigen

Spätestens seit Terroranschläge in europäischen Ländern in Asien (Afghanistan/Pakistan) geplant und vorbereitet wurden, ist klar, dass wir uns intensiver mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen in und aus Asien befassen müssen. In Afghanistan geht es in erster Linie um die Verteidigung unserer eigenen Sicherheit. Dieses gilt in ähnlicher Weise für unsere asiatischen Partner. Auch China ist an einem Erfolg der NATO in Afghanistan interessiert. Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland beteiligen sich mit Soldaten und umfassenden zivilen Projekten am Wiederaufbau Afghanistans. Daraus sind Partnerschaften der NATO mit Japan, Südkorea und Australien hervorgegangen, die zu intensivieren sind. Auch den Dialog zwischen der NATO auf der einen Seite und Pakistan, Indien und China auf der anderen gilt es auszubauen, denn auch die Sicherheit Europas und die Sicherheit Asiens sind inzwischen eng miteinander verknüpft.

In Ost-Timor und im indonesischen Aceh konnten mit nicht unwesentlicher Unterstützung Europas jahrzehntealte Konflikte beendet werden. Auf diesen Erfolgen sollte die EU aufbauen und ihr sicherheitspolitisches Instrumentarium auch mit Blick auf die Krisenfrüherkennung und –vorbeugung entsprechend erweitern. Daneben sollte auch der bilaterale und europäische sicherheitspolitische Dialog unterhalb der Regierungsebene (wie im Rahmen des Council for Security Cooperation in Asia-Pacific/CSCAP und anderen Track-2 Sicherheitsdialogen) mit Asien forciert werden, der bereits seit längerem mit Singapur und anderen ASEAN-Staaten besteht sowie inzwischen auch mit China,

Japan und Indien. Darüber hinaus sollte die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, z.B. bei der Offiziersausbildung, weiter ausgebaut werden.

Integration der asiatischen „Aufsteiger“ in internationale Strukturen fördern

Für Deutschland und Europa gibt es keine Alternative zu einem kooperativen Ansatz zum Umgang mit China und den anderen Aufsteigern Asiens. Eine Partnerschaft erfordert allerdings Gegenseitigkeit. Die Aufsteiger müssen dazu angespornt werden, die Regeln des internationalen Systems schon jetzt einzuhalten, denen sie ihren Aufstieg verdanken und an deren Einhaltung durch andere sie in Zukunft selbst interessiert sein werden bzw. vielfach schon heute sind. Besteht hierzu die Bereitschaft, setzen wir uns dafür ein, ihre Annäherung an internationale Organisationen zu ermöglichen.

China ist das einzige ständige Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aus Asien. Die Versuche Japans und Indiens, zusammen mit Deutschland und Brasilien ebenfalls in den VN-Sicherheitsrat einzuziehen, sind in 2005 – nicht zuletzt am Widerstand Chinas – (vorerst) gescheitert. China und Indien verfügen im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank über je einen der einflussreichen acht nationalen Sitze im Exekutivdirektorium. Auf der Jahrestagung 2005 von IWF und Weltbank in Singapur ist der Stimmrechtsanteil Chinas von 2 auf 3,8 Prozent erhöht worden, was seinem tatsächlichen weltwirtschaftlichen Gewicht stärker entspricht. Um China und auch die anderen Aufsteiger Asiens zu „responsible stakeholder“ – so der frühere stellvertretende US-Außenminister und heutige Weltbankpräsident Zoellick – der internationalen Gemeinschaft zu machen, ist ihre stärkere Einbindung in die globalen Strukturen vonnöten. Ein Weg, der mit dem „Heiligendamm-Prozess“ bereits beschritten worden ist, ist die sukzessive Heranführung von China und Indien (und den drei weiteren „Outreach-Partnern Brasilien, Mexiko und Südafrika) an die G8. Eine graduell stärkere Anbindung an die G8 könnte zudem den aus unserer Sicht willkommenen Effekt haben, dass sich diese beiden Schwellenländer nicht länger handels- und entwicklungspolitisch als Führungsmächte der Dritten Welt gerieren. Eine andere Alternative könnte in einer politischen Stärkung der G20 bestehen, einem informellen Zusammenschluss der wichtigsten 20 Industrie- und Schwellenländer zu deren Mitgliedern aus Asien neben den Industrieländern Japan und Südkorea die drei Schwellenländer China, Indien und Indonesien gehören. Die Gründung ging seinerzeit auf eine deutsche Initiative zurück. Die G20 sind das Forum, in dem vor allem die Finanzminister und Notenbankchefs über globale finanz- und währungspolitische Fragen diskutieren.

Darüber hinaus könnten die asiatischen Aufsteiger zunehmend an die OECD herangeführt werden, obgleich Ländern wie China mittelfristig mangels demokratischer Strukturen keine Beitrittsperspektive eingeräumt werden kann. Von besonderer Bedeutung wäre aber z.B. die Einbindung Chinas und Indiens in das System der gemeinsamen Erdölbevorratung, das von der Internationalen Energieagentur (IEA) gesteuert wird. Im Energieforum der IEA sind China, Indien und Indonesien bereits seit einigen Jahren einbezogen.

Partnerschaft für „global governance“ eingehen

Alle europäischen Nationalstaaten werden im Vergleich zu den asiatischen Schwergewichten in zunehmendem Maße kleine Akteure mit

sehr begrenzten Machtressourcen. Nur mit einer gemeinsamen EU-Strategie zur Mitgestaltung der globalen Ordnung wird Europa in der sich schnell verändernden Welt eine Rolle als strategischer Akteur spielen können. Dazu muss die EU gegenüber China und Asien „mit einer Stimme“ sprechen und darf sich nicht auseinander dividieren lassen.

Europa und Asien sollten wiederum gemeinsam mit den USA eine Partnerschaft für „global governance“ eingehen. Nur auf diese Weise sind globale Herausforderungen, wie sie insbesondere der Umwelt- und Klimaschutz darstellen, zu meistern.

Zudem gibt es im sicherheitspolitischen Bereich eine große Zahl von Kooperationsmöglichkeiten. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, vor allem islamistischer Provenienz, gehört genauso dazu wie die gemeinsame Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und das Vorgehen gegen die unterschiedlichen Formen organisierter Kriminalität (Drogen, Geldwäsche, Menschenhandel, Piraterie).

Neue differenzierte Wege in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit mit Asien müssen neue Wege gefunden werden, die der Realität in Asien mit ihrer größer werdenden Heterogenität Rechnung trägt. Gemäß der vereinbarten Schwerpunkte unserer Entwicklungspolitik – die Bekämpfung der Armut, die Sicherung des Friedens und die Verwirklichung von Demokratie, die gerechte Gestaltung der Globalisierung und der Schutz der Umwelt – hat auch die Entwicklungszusammenarbeit mit vielen Ländern Asiens nach wie vor seine Bedeutung und entspricht unseren langfristigen Interessen.

Wir müssen jedoch z.B. eine aufstrebende Macht wie China, dessen Unternehmen uns inzwischen auf vielen Weltmärkten und selbst auf unserem Heimatmarkt Konkurrenz machen, anders behandeln als z.B. Bangladesch. Es besteht kein Zweifel, dass China mit vielen Problemen zu kämpfen hat, und dass wir zur Lösung einiger dieser Probleme beitragen können und sollten. Hier kann allerdings erwartet werden, dass das Land, das über die höchsten Währungsreserven der Welt verfügt, zur Lösung dieser Probleme einen zunehmend höheren Finanzierungsanteil mit dem Ziel der späteren Vollfinanzierung übernimmt.

Die deutsche Entwicklungspolitik muss die Herausforderungen in Asien in enger Abstimmung mit der internationalen Gebergemeinschaft annehmen und vorrangig dort tätig werden, wo sie über komparative Vorteile und Erfahrungen verfügt.

Die flankierende Tätigkeit nichtstaatlicher Instrumente der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), der Stiftungen, der Kirchen, der Wirtschaft und der Nicht-Regierungsorganisationen sollte weiter ausgebaut werden.

Von hoher politischer Bedeutung ist die Unterstützung der Modernisierung und Demokratisierung der muslimischen Staaten Asiens in der Hoffnung, dass diese Modellcharakter auch für Staaten der arabischen Welt erlangen. Dazu sollte Europa den Dialog zwischen den muslimischen Staaten Asiens und der Arabischen Welt fördern.

Zudem sollte der entwicklungspolitische Dialog mit den asiatischen Schwellenländern intensiviert werden, die zwar einerseits nach wie vor Empfänger von EZ sind, aber andererseits inzwischen selbst zunehmend zu Gebern werden. Sie gilt es in den entwicklungspolitischen *Konsens der internationalen Gebergemeinschaft einzubinden*, damit ihre EZ nicht – wie in einigen Fällen in Afrika geschehen – unsere Bemühungen u.a. um gute Regierungsführung und Konfliktverhütung konterkariert.

Zusammenarbeit bei der Steigerung der Energieeffizienz und des Klimaschutzes verstärken

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen. Alle Staaten, insbesondere China und Indien, müssen ebenso wie die USA in die internationalen Abkommen zur Reduzierung der Treibhausgase einbezogen werden. Dabei sollte ein einheitlicher Pro-Kopf-Verbrauch von fossilen Energieträgern angestrebt werden. Bei der Energie- und Ressourcen-effizienten Produktion ist die deutsche Industrie weltweit führend und hat für eine Partnerschaft viel anzubieten. Wir haben ein Interesse daran, Ländern mit hohem Ressourcen- und Energieeinsatz und großen CO₂-Emissionen dabei zu unterstützen, ihr vornehmlich „quantitatives“ in „qualitatives Wachstum“ zu überführen. Es muss auch in diesen Ländern gelingen, den rasant ansteigenden Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß von ihrem Wirtschaftswachstum abzukoppeln. Die Industrieländer können hierfür Vorbild sein und gleichzeitig diese Länder aktiv beim Klimaschutz unterstützen, denn Klimaschutz behindert nicht Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand, sondern ist dessen Voraussetzung. Bereits heute stehen Technologien zur Verfügung, die es ermöglichen, den Treibhausgasausstoß deutlich zu reduzieren. Deutschland setzt sich dafür ein, diese klimafreundlichen Technologien weltweit voranzutreiben.

Strategischen Dialog mit Asien ausweiten und vertiefen

Auch die EU muss eine kohärente Asien-Politik entwickeln und diese dann auch gegenüber China und anderen asiatischen Staaten vermitteln. Es gilt innerhalb der EU mehr gemeinsame Positionen zu formulieren und sich nicht von Dritten politisch/strategisch auseinanderdividieren zu lassen.

Ebenso wichtig ist der Auf- bzw. Ausbau des strategischen Dialogs der EU mit China, Indien, Japan und den ASEAN-Partnern auf Gebieten gemeinsamer vitaler Interessen, u.a. im Bereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Energiesicherheit, der Entwicklungen in Zentralasien, Afghanistan, dem Nahen Osten und in Afrika. Dieser Dialog sollte mit dem Versuch, Politiken stärker zu koordinieren, einhergehen. So kann der strategische Dialog, der von der EU bereits mit Japan, China, Indien und Südkorea aufgebaut worden ist, um entsprechende Arbeitsgruppen erweitert werden. Flankierend dazu sollte eine stärkere Vernetzung der beiderseitigen Think Tanks angestrebt werden, auch um auf diese Weise den Versuch einer Annäherung unterschiedlicher strategischer „außen- und sicherheitspolitischer Kulturen“ zu unternehmen.

3.5. Den transatlantischen Dialog über den Umgang mit den Transformationsprozessen in Asien verstärken

Wenn wir Europa stärken und die euro-asiatischen Beziehungen ausbauen, bleiben wir auch für die USA, die sich immer stärker nach Asien

orientieren, ein relevanter Partner. Wir unterstützen die Rolle der USA als sicherheitspolitische Garantiemacht in Asien.

Daneben ist der Ausbau des transatlantischen Dialogs über China, die anderen asiatischen Aufsteiger und die Transformationsprozesse in Asien trotz und gerade wegen unserer teilweise unterschiedlichen Interessen, Ansätze und Wahrnehmung erforderlich. Die Diskussion der letzten Jahre um das EU-Waffenembargo unterstreicht diese Notwendigkeit. Eine Erweiterung des transatlantischen Dialogs wäre auch ein Signal an China, dass Versuche, im Zeichen der „Multipolarität“ die EU gegen die USA auszuspielen, keinen Erfolg haben werden.

Angesichts möglicher weltpolitischer strategischer Konkurrenz zwischen den USA und China muss sich die EU zu diesem Verhältnis, das von vielen Beobachtern auch als die wichtigste bilaterale Beziehung im 21. Jahrhundert bezeichnet wird, positionieren. Der Aufstieg Asiens sollte auch im neuen „Transatlantic Economic Council“ thematisiert werden, der auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim letzten EU-US-Gipfel im April diesen Jahres vereinbart worden ist.

>>> CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
11011 Berlin

Text: Eckart von Klæden MdB
Außenpolitischer Sprecher